

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 30. Juni 1993

am Donnerstag, dem 1. Juli 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Ackermann, Else (CDU/CSU)	11, 12	Kubatschka, Horst (SPD)	31, 32
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	1, 39	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	6, 30
Caspers-Merk, Marion (SPD)	5, 26	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	33, 34
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	13, 14	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	9, 10
Erler, Gernot (SPD)	27, 36	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	43
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	41, 42	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	37
Gallus, Georg (F.D.P.)	2, 3	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	19, 20
Gansel, Norbert (SPD)	29, 35	Steen, Antje-Marie (SPD)	15
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	16, 17	Wallow, Hans (SPD)	4, 38
Harries, Klaus (CDU/CSU)	25	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	23, 24
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	7, 8	Würfel, Uta (F.D.P.)	21, 22
Jäger, Claus (CDU/CSU)	18	Zierer, Benno (CDU/CSU)	40
Kastner, Susanne (SPD)	28		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wie bereiten sich die Deutschen Bahnen auf die Umsetzung eines Rauchverbots in allen Seitengängen und Vorräumen aller Wagen, so wie es die Änderung des Übereinkommens über die gegenseitige Benutzung von Personen- und Gepäckwagen im Internationalen-Eisenbahn-Verband (UIC) noch in diesem Jahr vorsieht, vor, und wie wird dieses Rauchverbot kontrolliert? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|--|
| 2. Abgeordneter
Georg
Gallus
(F.D.P.) | Hält die Bundesregierung die seuchenrechtlichen Maßnahmen in bezug auf Maul- und Klauenseuche von seiten der EG-Kommission den Ostblockstaaten gegenüber für gerechtfertigt, nachdem z. B. in Polen seit 1972 keine Klauenseuche mehr aufgetreten ist und auch nicht dagegen geimpft wird? |
| 3. Abgeordneter
Georg
Gallus
(F.D.P.) | Was wird die Bundesregierung unternehmen, um diesen überzogenen Zustand zum Schaden der Ostblockstaaten abzumildern bzw. zu beseitigen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 4. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Wie viele Soldaten mit welchen Kosten müssen nach der gegenwärtig geplanten Verkleinerung der Bundeswehr frühpensioniert werden? |
|--|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

5. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Welche Poststellen sollen in den Landkreisen Lör-
rach und Waldshut in Zukunft geschlossen wer-
den, nachdem bislang nur allgemein von einer
Ausdünnung von Poststellen im ländlichen Raum
dieser Region gesprochen wurde?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

6. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei der von ihr jüngst
herausgegebenen Regierungsbroschüre „Urlaub
– Tips für Ihre Ferienreise 1993“ die Empfehlun-
gen der Enquete-Kommission „Schutz der Erd-
atmosphäre“ berücksichtigt, und wenn ja, in wel-
cher Form?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter
**Hubert
Hüppe**
(CDU/CSU)
- Vor dem Hintergrund, daß in der am 17. Dezem-
ber 1989 ausgestrahlten Sendung des Bayeri-
schen Rundfunks „Bilder aus der Wissenschaft“
von der an der Ulmer Universitätsklinik üblichen
Praxis berichtet wird, Embryonen und Feten nach
Abtreibungen ohne Feststellung ihres sicheren
Todes erst bei vier Grad Celsius zu kühlen und
schließlich schockzugefrieren, um sie später für
Experimente nutzbar zu machen, frage ich die
Bundesregierung, warum sich das Embryonen-
schutzgesetz vom 13. Dezember 1990 nicht mit
dem Schutz von Embryonen und Feten aus Ab-
treibungen befaßt, sondern sich auf sogenannte
Ethikkommissionen verschiedener Zusammen-
setzung verlassen wird?
8. Abgeordneter
**Hubert
Hüppe**
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundes-
regierung künftig zu verhindern, daß mit Embry-
onen und Feten aus Abtreibungen experimentiert
wird, um ihnen ein menschenwürdiges Sterben
zu garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

9. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Wird der Treuhandvertrag bzgl. des Verkaufs der Deutschen Kugellager Fabrik in Leipzig (DKFL) an die Kugel Fischer AG (FAG) Schweinfurth vor dem Hintergrund des laut der den öffentlichen Verlautbarungen zu vermutenden Interesses der FAG Schweinfurth die Betriebsteile der DKFL Leipzig zu schließen, verletzt?
10. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Gibt es Möglichkeiten, die Freigabe an andere private Interessenten der DKFL Leipzig als Ganzes unter Wiedereingliederung der z. Z. im FAG Unternehmensbereich befindlichen Unternehmensteile Vertrieb und Vermögen vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation zu verlangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

11. Abgeordnete
Dr. Else Ackermann
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß drei Wochen nach Verabschiedung des Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetzes (Rü-ErgG, Drucksache 12/4810 vom 27. April 1993) der Parlamentarische Staatssekretär des zuständigen Bundesministeriums zu der Erkenntnis kommt, daß eines der mit diesem Gesetz verfolgten Ziele, nämlich die wesentliche Verkürzung der Rentenbearbeitungszeit in den neuen Bundesländern, selbst bis zum Juni 1994 nicht eingehalten werden kann, obwohl das zuständige Bundesministerium nicht nur den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durch die Verabschiedung dieses Gesetzes den Abbau von inzwischen mehreren Hunderttausend aufgestauten Rentenbearbeitungsanträgen bis Jahresende in Aussicht gestellt hat, sondern auch alle Rentenversicherte in den neuen Bundesländern, die das 59. Lebensjahr erreicht haben, aufgefordert hat, ihre Rentenberechnung vornehmen zu lassen?
12. Abgeordnete
Dr. Else Ackermann
(CDU/CSU)
- In welcher Weise sind das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen ihrer Pflicht zur Aufsicht gegenüber der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, insbesondere auch zur gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsaufsicht, vor dem Hintergrund der Tatsache nachgekommen, daß vom Bundessozialgericht in der Verfahrensweise der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sogar schwerwiegende

Grundgesetzverletzungen festgestellt werden mußten, die beispielsweise darin gesehen werden, daß auch die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen keine Berücksichtigung findet, und welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung vor, um sicherzustellen, daß solche Verfahrensweisen für die Zukunft ausgeschlossen werden?

13. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)

Wie gestaltet sich derzeit die soziale Absicherung der geschiedenen Ehefrau eines Landwirts, wenn sie in das Rentenalter eintritt und der Landwirt wieder verheiratet ist?

14. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei einer Neuregelung der agrarsozialen Sicherung eventuelle Benachteiligungen der geschiedenen Ehefrau zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

15. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die therapeutisch-effektive Wirksamkeit freiverkäuflicher Raucherentwöhnungsmittel in der Bundesrepublik Deutschland, und beabsichtigt sie, entsprechend dem Vorgehen der amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA, Mittel, für deren tatsächliche Wirksamkeit es keinen Beweis gibt, vom Markt zu nehmen?

16. Abgeordneter
**Karl Hermann
Haack
(Extertal)**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen an niedergelassene Ärzte – unter Bezugnahme auf das Gesundheitsstrukturgesetz und die Arzneimittelbudgetierung – das in seiner Wirkung als positiv beschriebene Migränemittel „Imigran“ aufgrund seines hohen Preises nicht zu verordnen?

17. Abgeordneter
**Karl Hermann
Haack
(Extertal)**
(SPD)

Welche Möglichkeiten – ggf. durch eine Sonderregelung im SGB V – sieht die Bundesregierung, um innovative Arzneimittel, die Patienten einen starken therapeutischen Nutzen bringen, für die Therapie am Menschen zugänglich zu machen?

18. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die EG mit der Tschechischen Republik, mit Bulgarien und mit Rumänien Abkommen über die Niederlassung von Ärzten aus diesen Ländern geschlossen hat, die dazu führen, daß diese Ärzte auch in Deutschland Niederlas-

sungsfreiheit genießen, und wie sind solche Abkommen bejahendenfalls mit den Zielen der durch das Gesundheitsstrukturgesetz geänderten Zulassungsverordnung für Vertragsärzte in Einklang zu bringen, die einem Überangebot an niedergelassenen Ärzten entgegenwirken soll?

19. Abgeordneter
**Werner
Ringkamp**
(CDU/CSU)

Gibt es Bemühungen der Bundesregierung, analog zu den bestehenden gesetzlichen und freien Beschränkungen der Nikotinwerbung mit der Alkoholindustrie zu ähnlichen Übereinkommen zu gelangen, wenn ja, welche?

20. Abgeordneter
**Werner
Ringkamp**
(CDU/CSU)

Bestehen Planungen, im Rahmen der Prävention vor den Gefahren des Alkohols weitere Einschränkungen der Werbung, insbesondere soweit sie Jugendliche erreicht, zu vereinbaren?

21. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)

Wie wird im Bundesministerium für Gesundheit der Stand der allgemeinen wissenschaftlichen Anerkennung überprüft, damit diese Klausel als Entscheidungskriterium z. B. für die Beihilfeförderung verwandt werden kann, da für den Ausschluß von bestimmten Methoden von der Beihilfefähigkeit „der Stand der allgemeinen wissenschaftlichen Anerkennung das maßgebliche Kriterium ist“, und welche Überlegungen waren ausschlaggebend, die Hämatogene Oxydationstherapie (HOT) als nicht wissenschaftlich allgemein anerkannt zu qualifizieren?

22. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)

Welche Überlegungen waren ausschlaggebend, Ganzheitsbehandlungen auf bioelektrisch-heilmagnetischer Grundlage z. B. Elektroakupunktur nach Voll, elektronische Systemdiagnostik, BFD-Medikamententest, Decoderdermographie, Mora-Therapie als nicht wissenschaftlich allgemein anerkannt zu qualifizieren, und welche Sachverständigen wurden hierzu vom Bundesministerium für Gesundheit herangezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

23. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Absicht des Dualen Systems Deutschland (DSD), zunächst 40 000 t Kunststoffabfälle auf alten Schuten der Deutschen Binnenschiffsreederei für unbestimmte Zeit zwischenzulagern, und welche Gefahren können daraus entstehen?

24. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie das DSD beabsichtigt, weitere zu erwartende 200 000 t Kunststoffabfälle, für die bisher keine Recyclingkapazitäten vorhanden sind, zwischenzulagern, und welche Genehmigungsvoraussetzungen sind für derartige Zwischenlager erforderlich?
25. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Forderung im föderalen Konsolidierungsprogramm, die Investitionen zum Bau von kommunalen dritten Reinigungsstufen zeitlich aus finanziellen Gründen zu strecken, rechtlich abzusichern?
26. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Welche Bleikonzentrationen auf städtischen Flächen, insbesondere Dachstühlen und Häusern, wie sie in der Stadt Freiburg gemessen wurden, hält die Bundesregierung noch für tolerabel, und welche Vorsorgemaßnahmen sollten nach ihrer Ansicht zur Minderung weiterer Einträge unternommen werden?
27. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über eine flächenhafte Belastung städtischer Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland mit Blei, insbesondere in Dachstühlen und Häusern, wie sie beispielsweise in der Stadt Freiburg gemessen wurden, und welches sind nach ihrer Kenntnis die wesentlichen Eintragsquellen?
28. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Bestrebungen der EG-Kommission, die Umweltqualitätsstandards insbesondere im Gewässerschutz durch eine „Richtlinie zur integrierten Verschmutzungsverhütung und -bekämpfung“ auf der Basis des Artikels 100a EWG-Vertrag zu unterlaufen, durch die unterhalb der Anforderung nach dem Stand der Technik Anlagen zugelassen werden sollen, und welche Möglichkeiten sieht bzw. nutzt die Bundesregierung, um diesen von der EG-Kommission geplanten Rückschritt im Umweltschutz zu verhindern?
29. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung einer Studie der Weltbank und der Internationalen Energieagentur, die 25 gefährlichsten Atomkraftwerke in Osteuropa könnten bis 1995 stillgelegt und kostengünstiger als eine Nachrüstung von Atomkraftwerken durch andere Energiequellen ersetzt werden, und wird sie sich für eine solche Politik auf dem Treffen der G7-Staaten vom 7. bis 9. Juli in Tokio einsetzen?

30. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Warum findet vor dem Abriß des hochradioaktiven Reaktorkerns des Atomkraftwerkes Kahl keine Anhörung der betroffenen Bevölkerung statt, und mit welcher Begründung wird das TÜV-Gutachten über die angebliche Ungefährlichkeit des Abrisses unter Verschluß gehalten?
31. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage in dem vertraulichen Arbeitspapier des Ausschusses „Druckführende Komponenten“ der Reaktorsicherheitskommission, daß einige Risse in den Rohrsystemen des Atomkraftwerks Brunsbüttel nicht herstellungs-, sondern betriebsbedingt sind, und welche Konsequenzen wird diese Aussage aus Sicht der Bundesregierung für den weiteren Betrieb anderer Siedewasserreaktoren bzw. für die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Brunsbüttel haben?
32. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, Produkte „regionalspezifisch“ zu kennzeichnen, d. h. Produkten eine Art „Umweltengel“ des Transportwesens zu verleihen, wenn ihre Bestandteile zum Beispiel zu 80% „aus der Region“ bezogen werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

33. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Was war der Inhalt der von Gorbatschow in seinem Buch „Gipfelgespräche“ erwähnten, vor dem Abflug aus Moskau nach Schelesnowosk ausgetauschten „Überlegungen zum Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland“?
34. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Warum werden erst Ende August 1994 die letzten GUS-Truppen Deutschland verlassen und nicht schon bis Ende 1993, und welche zusätzlichen Leistungen hat die Bundesregierung für den Fall versprochen, daß der letzte GUS-Soldat Deutschland zwei bis drei Monate vor der nächsten Bundestagswahl verläßt?
35. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, russische Streitkräfte hätten am 5. und 6. Juni 1993 die Besetzung der baltischen Staaten geübt, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

36. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben die Untersuchungen über die Vorfälle im Rahmen von UNOSOM 2 erbracht, bei denen am 13. Juni 1993 und an anderen Tagen mehrere somalische Zivilisten durch Angehörige von Einheiten der Vereinten Nationen ums Leben gekommen sind, und wie bewertet die Bundesregierung, die an UNOSOM 2 beteiligt ist, die Ergebnisse dieser Untersuchungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

37. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Unter welchen rechtlichen Voraussetzungen konnte bisher in Deutschland neben der deutschen auch eine zweite Staatsangehörigkeit (Doppelstaatsangehörigkeit) erworben werden, und wie viele solcher Doppelstaatsangehörigkeiten (aufgegliedert nach Staaten) gibt es zur Zeit?
38. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtlich mögliche Reaktivierung der gegenwärtig 46 im einstweiligen Ruhestand befindlichen qualifizierten Bundesbeamten für Aufbau- und Ausbildungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung der neuen Bundesländer?
39. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu einem Verbot der kommunistischen PKK, und welche weiteren Maßnahmen hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die innere Sicherheit Deutschlands für notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

40. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Berechnung des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes, Bernhard Friedmann, für zutreffend, nach der die EG gemäß ihren allgemeinen Kriterien im Zeitraum 1991 bis 1993 insgesamt rund 50 Mrd. DM als Finanztransfers für die neuen Bundesländer bereitstellen müßte, während sie tatsächlich nur rund 2 Mrd. im genannten Zeitraum zur Verfügung stellt?

41. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen haben die am 22. Juni 1993 von den USA beschlossenen Strafzölle auf Stahleinfuhren für die deutsche Stahlwirtschaft?
42. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung – ggf. gemeinsam mit der EG – gegen den weiteren Aufbau protektionistischer Maßnahmen der USA zu tun?
43. Abgeordnete
**Jutta
Müller
(Völklingen)**
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bundesregierung die Ergebnisse der Kohlerunde 1991 in Frage stellt und neue Verhandlungen mit den Ländern beginnen will?

Bonn, den 25. Juni 1993

